

Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft.

Ein Schnittstellenessay

I.

Die Politikwissenschaft und die Kommunikationswissenschaft sind die jüngsten Geschwister in der sozialwissenschaftlichen Familie. Zumindest in Deutschland sind beide erst im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik als Universitätsfächer aufgewachsen und heute mehr oder weniger flächendeckend vertreten. Beide hatten entsprechend um ihre Anerkennung als Disziplin in Forschung und Lehre zu kämpfen – teilweise bis heute.

Im Gegensatz zur Soziologie, die überall Soziologie heißt, haben ihre beiden jüngeren Geschwister beträchtliche Identitätsprobleme mit ihren Namen. Der Fachverband der Politikwissenschaft – gegründet 1951 in Königstein im Taunus – heißt immer noch „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“ (DVPW). Die Lehrstuhlbezeichnungen gehen noch weit mehr durcheinander. Es fanden und finden sich teilweise bis heute: „Politische Wissenschaften“, „Wissenschaft von der Politik“, „Wissenschaftliche Politik“ oder auch „Politologie“. Nur die „Politikologie“, die Hermann Heller in seiner 1934 publizierten Staatslehre vorschlug, hat, obwohl philologisch korrekter, nirgends einen Lehrstuhl gefunden. In den letzten Jahren hat man sich zwar auf „Politikwissenschaft“ geeinigt – auch ein von der DVPW abgespaltener kleiner Sonderverband nennt sich „Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft“ –, aber dennoch gehen an den Hochschulen die Bezeichnungen der Lehrstühle weiterhin fröhlich durcheinander.

In der Kommunikationswissenschaft ist das nicht anders. Ihr Fachverband nennt sich „Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“ (DGPK) und wurde 1963 gegründet, allerdings als „Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Zeitungswissenschaft“. Neun Jahre später nahm man den neuen Namen an, aber ist damit bis heute nicht glücklich. Man sucht weiterhin eine einheitliche Fachbezeichnung, denn an den Universitäten schillert eine bunte Palette aus „Kommunikations- und Medienwissenschaft“, oder auch „Publizistik“ und „Journalistik“. Darüber hinaus werden an künstlerischen Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien zahlreiche Spezialitäten feilgeboten, wie „Wissenschaftsjournalismus“, „Medienmanagement“, „AV-Planung“, „Medienplanung“ oder „Medien- und Kommunikationswirtschaft“.

Beide Fächer eint nicht nur die Vielfalt ihrer Namen, sondern auch die Vielfalt der Fakultäten, in denen sie floriieren (wollen!, denn an einigen Standorten existiert bisher nur ein Brückenkopf von einer Professur, der bei jeder hochschulpolitischen Flurbereinigung wacker verteidigt werden muss). Die Fächer sind in sozialwissenschaftlichen oder klassisch philosophischen Fakultäten disloziert, die Politikwissenschaft ist auch in historischen, juristischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen vertreten. Sicherlich trete ich als Politikwissenschaftler der Kommunikationswissenschaft nicht zu nahe, wenn ich festhalte, dass diese doch das jüngste Kind in der sozialwissenschaftlichen Verwandtschaft ist, wie sich auch am Gründungsdatum ihrer Fachvereinigung ablesen lässt. Auch die Größenverhältnisse, was die Zahl der Studierenden, Studiengänge und FachvertreterInnen betrifft, dürften ganz grob bis vor kurzem noch so ausgesehen haben, dass Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie in etwa in einem Verhältnis von 1 zu 2 zu 3 sich befunden haben. Natürlich gilt das alles nur für Deutschland. In den U.S.A. ist zum Beispiel das quantitative Verhältnis von Soziologie und Politikwissenschaft eher umgekehrt. Die Soziologie hat allerdings derzeit in Deutschland und in Europa mit einem Nachlassen ihrer Attraktivität als gesellschaftliche Deut- und Leitwissenschaft, wie sie auf ihrem Höhepunkt in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich gerieren konnte, zu kämpfen. Die Politikwissenschaft hält sich dagegen passabel – mit katastrophalen Einbrüchen nur in ihrer alten Hoch- und Trozburg, dem Fachbereich 15 der FU Berlin, dem legendären früheren Otto-Suhr-Institut. Es verfügte früher über ca. 50 Professuren, deren respektabler Rest auf ein Dutzend zusammenschmolzen werden soll.

Gerade in den Medien hat sich die Politikwissenschaft in den letzten Jahren durch allfällige Präsenz als Experten und Kommentatoren wacker geschlagen – auch wenn wir eine aktuelle Hochrechnung ad hoc oft auch nicht klüger und tiefschürfender einordnen können als ein guter Journalist oder Publizist.

Von allen Sozial- und Geisteswissenschaften passt die Kommunikations- und Medienwissenschaft am besten fast fügenlos in die New Economy, in die Kommunikationsgesellschaft, in das Medien- und Informationszeitalter. Das ist nicht folgenlos für die Nachfrage. Sie erlebt einen boomartigen Ansturm als Studienfach. Und auch Forschungsmittel und Gutachteraufträge fließen für die Kommunikationswissenschaft reichlich. Neue Institutionen werden gegründet. Aber Vorsicht! Der Charme des neuen Marktes bröckelt. Kein Boom hält ewig. Sicher sind die Arbeitsmarktchancen eines (einer) modernen Medienwissenschaftlers (-in) besser als die von Luhmann-Exegeten oder Hobbes-Experten. Aber auch dieser Markt stößt irgendwann an seine Grenzen.

II.

Diesem Text wurde die Aufgabe zuteil, die Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft zu beleuchten, nicht zuletzt, um damit auch das Werk von Heribert Schatz, dessen wissenschaftliches Oeuvre gerade hier angesiedelt ist, zu illuminieren.

Mir bangt etwas vor dieser Aufgabe, denn sie ist aus vielen Gründen nicht einfach. Zunächst einmal bin ich dazu nicht sachkundig genug. Wenn ich auch die Politikwissenschaft einigermaßen überblicke, kann das mitnichten für die Kommunikationswissenschaft gelten, wo ich nur dilettieren kann. Allerdings fehlt es nicht an einem gewissen biographischen Bezug, da mein Studium 1966 mit einem Semester „Publizistik“ bei Henk Prakke an der Universität Münster begann. Mir war dies damals, muss ich heute bekennen, etwas zu trocken und so sattelte ich auf Politikwissenschaft, die in Münster damals noch nicht vertreten war, an der Universität Bonn um. Ich werde also die Schnittfläche zwischen Politik- und Kommunikationswissenschaft immer etwas einseitig, nämlich mit der Lampe in der Hand eines Politikwissenschaftlers beleuchten.

Das Werk von Heribert Schatz werde ich mit diesem Text ebenfalls nicht würdigen können und wollen. Dies mögen Berufenere tun. Aber auch hier mangelt es nicht an biographischen Bezügen. Denn als Bonner Student der Politikwissenschaft wurde ich 1967 von Heribert Schatz und Marianne Schatz-Bergfeld für ihre Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichten während der großen Koalition rekrutiert – meine erste praktische Begegnung mit dem Instrumentarium der empirischen Sozialforschung, das die Bonner Politologen im Übrigen sträflich vernachlässigten. Es war eine große Erfahrung – nicht zuletzt durch das Setting unserer bunten Verocoder-Truppe in ausgelagerten Räumen des Bundeskanzleramtes, das Auftraggeber der Studie war. Die Beamten beschwerten sich häufig bitterlich über den Lärm unserer Debatten in Schatzens Projekt. Diese verteidigten uns vehement, da wir nun einmal ausführlich jedes Vercodungsproblem erörtern müssten, um einen gemeinsamen Standard zu erreichen – auch wenn unsere Gruppe von SDS-Aktivisten bis zu RCDS-Adepten mehr Politik als das Codesheet diskutierte. Viele haben später Medienkarriere gemacht – man lernt daraus, quantitative Inhaltsanalyse ist kein Glasperlenspiel.

Heribert Schatz dagegen hat wissenschaftliche Karriere gemacht, die damals an der Wegscheide stand – Administration oder Akademie? Er hat gezeigt, dass man auch beides verbinden kann: Hochschullehrer und Wissenschaftsmanager, ob als Dekan oder Direktor des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e.V. (RISP) in Duisburg. Dort habe ich ihn ab 1984 wiedertreffen, als Kollegen im Fach Politikwissenschaft der Universi-

tät-Gesamthochschule-Duisburg. Und dort haben wir am RISP lange Jahre wieder mit Marianne Schatz-Bergfeld als Projektträgerinstitut das Landesprogramm „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“ geleitet (mit Georg Simonis). Von den rund 100 Einzelprojekten hat insbesondere Schatz durchgesetzt, dass auch wichtige Akzente in der Medien- und Kommunikationsforschung gesetzt wurden, so beispielsweise von Bernd-Peter Lange.

Schluss mit biographischen Details, zurück zu den Schnittstellenproblemen der Politik- und Kommunikationswissenschaft. Der größte Felsbrocken, den wegzurollen ich mich nicht anheischig mache, ist natürlich der schiere Umfang der Materie, wollte man den Bezügen der beiden Nachbardisziplinen historisch, theoretisch, praktisch, methodisch, systematisch und auch noch anschaulich attraktiv gerecht werden. Im Übrigen ist das längst getan und zwar beeindruckend: Das Handbuch „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft“, herausgegeben von Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer leistet genau das – die Schnittmenge zwischen Politik und Kommunikation, und nichts anderes ist politische Kommunikation, nach allen Regeln der Kunst zu vermessen, sogar mit einem Lexikonteil. Was will man mehr, was soll man drei Jahre nach Publikation dieses stupenden Werkes dazu noch originelles beitragen? Für alle einzelnen Facetten dieser Fächerbeziehung sei also auf das autoritative Werk verwiesen, in dem auch die Politikwissenschaft prominent vertreten ist, so durch Herfried Münkler mit Markus Llanque zur Ideengeschichte und Politischen Philosophie, Max Kaase zu Politikwissenschaftlichen Perspektiven und des weiteren Klaus von Beyme, Frank Brettschneider, Oscar W. Gabriel, Dietrich Herzog, Paul Kevenhörster, Hans-Dieter Klingemann, Frank Nullmeier, Werner J. Patzelt, Lutz R. Reuter, Winfried Steffani, Rüdiger Vogt, Göttrik Wewer, Elmar Wiesendahl und wie sie alle noch heißen.

So könnte ich es hierbei nun bewenden lassen und vielleicht noch die eine oder andere euphorische Rezension des Werkes zitieren. Aber mein Beitrag würde dann doch arg karg, wenn ich hier aufhören würde. Und ich fühle mich tatsächlich frei, nun eher essayistisch noch Aspekte einer langen Beziehungsgeschichte zwischen Politik- und Kommunikationswissenschaft anzusprechen, nachdem der Druck der systematischen Analyse durch Verweis auf das Referenzwerk weg ist.

III.

Jung sind die beiden Disziplinen Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft nur, wenn man als erwachsen oder volljährig definiert, dass ein Fach in Lehre und Forschung an

den Universitäten voll etabliert ist. Diesen Status oder dieses Paradigma der „normalen Wissenschaft“ im Sinne von Thomas Kuhn haben die beiden Disziplinen in Deutschland tatsächlich erst nach dem 2. Weltkrieg erreicht. Aber natürlich ist ihr Hauptgegenstand – die Politik einerseits und die Öffentlichkeit andererseits – viel älter, gehört in den Ursprung ausdifferenzierter und philosophisch reflektierter Gesellschaft und ihrer Wissenschaft überhaupt, also in die europäische Antike.

Wilhelm Bleek hat kürzlich in der ersten „Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland“, die überhaupt bisher publiziert wurde, darauf hingewiesen, dass der Topos vom jungen Fach eine Selbstvergessenheit sei, die dringend aufgegeben werden müsse. Ja, der Behebung dieses Gedächtnisverlustes widmet er sein ganzes Buch. Es ist sein Leitmotiv. Er hat ja so Recht, natürlich gab es schon wissenschaftliches Arbeiten über Politik bei Aristoteles und Cicero, bei Thomas von Aquin und Marsilius von Padua, bei Machiavelli und Hobbes, bei Locke, Montesquieu und Rousseau, von der Kameral- und Policeywissenschaft im Preußen des 18. Jahrhunderts ganz zu schweigen. Aber er hat auch Unrecht, denn es waren allesamt Vorläufer, die keine kontinuierliche Tradition einer wissenschaftlichen Disziplin begründen konnten.

Aber den Ursprung des politischen Denkens bei Platon und Aristoteles lohnt es doch kurz zu erinnern. Das Politische, to politikon, war das, was die Polis, das Gemeinwesen angeht. Im Gegensatz zum oikos, dem Haushalt, was das Wirtschaften im Hause betrifft. Der Markt, die agora, war noch nicht so sehr der Platz des Austausches von Handelsgütern, sondern dort wurde die Sache des Gemeinwesens verhandelt und zwar in aller Öffentlichkeit.

So ist das Politische in der Polis auch das Öffentliche, das alle angeht. Die Römer nannten es später das Publikum. Hier schließt sich der Kreis: Die Grundkategorien der Politikwissenschaft und der Medien- und Kommunikationswissenschaft sind voneinander abhängig, miteinander verknüpft und verwoben: Das Politische und das Öffentliche brauchen einander, wie das Leben den Sauerstoff.

Die Wurzeln der beiden Disziplinen entstammen also beide demselben Humus: Dort kann ein Gemeinwesen gut gedeihen, wo das Politische aus dem Arkanum der Herrschenden herausgeholt wird auf die agora, in die Öffentlichkeit des rasonierenden Publikums.

IV.

Wenn die rasonierende Öffentlichkeit für die Politik konstitutiv ist und vice versa, ist dann Politik ohne Öffentlichkeit keine Politik und Öffentlichkeit ohne für sie offene Politik keine Öffentlichkeit? Das ist eine weitere Grundfrage und Grundlage, die beide Wissenschaften eint. Bedarf es der garantierten Offenheit für den Begriff der Öffentlichkeit? Gibt es überhaupt Politik ohne offenen Konflikt um Macht und Herrschaft? Gibt es also das Richtige im Falschen? Oder sind Politikwissenschaft und Medien- und Kommunikationswissenschaft nur in einem demokratischen Umfeld denkbar? Weil man nur dort wirklich nicht nur denken, sondern auch offen darüber sprechen kann? Ohne Grund- und Menschenrechte keine Politik und keine Öffentlichkeit? Das ist eine uralte und täglich neue Frage.

Die Antwort ist ambivalent. Natürlich machten auch die Nazis Politik, gab es auch im Nationalsozialismus eine öffentliche Meinung sowie Medien und Kommunikation. Es gab sogar verschärft Propaganda – und Agitprop im Stalinismus – und Ansätze der Propagandawissenschaft.

Hier wird die Grundfrage nach dem normativen Fundament der Politik- und auch der Kommunikationswissenschaft gestellt. Man kann diese Frage emphatisch formulieren. Dann ist in totalitären und in autoritären Systemen keine wirkliche Politik- und Kommunikationswissenschaft möglich. Dann sind beide Demokratiewissenschaften reinsten Wassers, die ohne offene Gesellschaft nur Freund-Feind-Denken reproduzieren kann. Aber dann muss man bei allem Demokratiepathos auch bedenken, dass in den Jahrzehnten des Kalten Krieges die Demokratiewissenschaft auch nicht immer die liberalste gewesen ist. Denn da passierten SPIEGEL-Affären und Intellektuellenhutz, Diffamierung von politischen Gegnern und überzogene Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch Berufsverbote und überzogene Antiterrorismusetze.

Andererseits: Die Politik- und Kommunikationswissenschaften in autoritären Regimen führen in der Tat eine beklagenswerte Schattenexistenz. Wenn sie kritisch sind. Und Kritik ist das Wesen von Wissenschaft. Um so schlimmer, wenn sie nicht kritisch sind. Dann kann auch eine „auslandswissenschaftliche Fakultät“ als Erbe der renommierten Deutschen Hochschule

für Politik im Nationalsozialismus florieren und eine „Zeitungswissenschaft“, von Emil Dovifat in der selben Epoche reüssieren.

Was lernen wir daraus? Beide Disziplinen sind politisch. Sie können das ignorieren, sie können funktionieren als Markt der Herrschaft. Sie können ihr die Teller spülen und schön aufdecken. Aber sie können dann nicht einmal der Hofnarr sein, der bekanntlich das Privileg der unbequemen Wahrheit, getarnt als Posse, hatte. Die Presse wie die Politik im Totalitarismus hatte affirmativ nur zu bestätigen, sonst nichts.

Es gibt auch Politik und Öffentlichkeit im Autoritarismus. Wir erleben heute immer neue Kostproben davon in aller Welt, ob in China, Russland, Mosambik oder ganz nah vor unserer Haustür in Italien, wo unter Berlusconi Medienmacht und Politik fusionieren. Aber es ist nicht die Politik und die Öffentlichkeit, die wir meinen. Jenseits von Pathos und Emphase der Demokratiewissenschaft gibt es ganz pragmatisch die Grundvoraussetzung von öffentlicher Politik: Das sind funktionierende Grund- und Menschenrechte. Wenn nicht das Fanal der Demokratie, dann wenigstens der Alltag eines funktionierenden Rechtsstaats bestimmen die Grundbedingungen des Gedeihens von Politik und Öffentlichkeit. Rechtsstaat: Das ist nicht viel, sagen manche Radikaldemokraten. Sehen wir uns um in der Welt, dann ist es doch eine ganze Menge.

V.

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit – das ist das Megathema dieser Tage von Big Brother Events, jener Tage, als das Sehen, Hören, Lesen und Reden noch geholfen hatte und all solcher vergangener Zeiten, als ein Jürgen Habermas mit seinem wegweisenden Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ glaubte, dass die rasonnierenden Bürger in Caféhäusern, Salons, Assoziationen, Versammlungen, Zeitungen und Clubs die Meinungsführerschaft innehatten. Unabhängig von Stand und Herkunft bildeten sie öffentliche Foren des Diskurses, mit Hilfe derer sich Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit durchsetzten. Ein goldenes Zeitalter, wenn man es in der Abendsonne des Rheingaus mit einem Glas Riesling betrachtet. War es jemals so? Es ist ein Mythos, aber ein wirkmächtiger. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit ist kein Event des 19. Jahrhunderts, sondern ein rasender Prozeß des 20. und 21. Jahrhunderts. Atemlos verfolgen wir die Folgen und suchen die Ursachen: Wertwandel? Medienwandel? Politikwandel? Ja, aber wo anfangen? Und dann erst die Wirkungen! Macht aggressives Fernsehen aggressiv oder passiv? Führt Medienkonsum zu mehr oder weniger Informa-

tion? Gibt es eine Schweigespirale oder eine Geschwätzspirale? Werden wir in einer e-democracy selbst die politischen Alternativen entscheiden oder wird in einer e-democracy der isolierte Privatmensch (grch. idioten) anklicken, ohne nachzudenken?

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit, das ist das gemeinsame Projekt von Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft. Das ist die „zweite Aufklärung“, von der Heribert Schatz in dem Band „Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit“ (hrsg. von Ralf Zoll 1971) spricht. Die „Erhöhung des Kenntnisstandes, die Schärfung des Problembewußtseins und die Erhöhung der Kritikfähigkeit des Einzelnen in bezug auf Gegenstände und Rollenträger im politischen Prozeß“ würden hier vorausgesetzt. Das kann man festhalten. Und so ist Politik- und Kommunikationswissenschaft als Demokratiewissenschaft fundiert, wie sie gerade Heribert Schatz immer schon verstanden hat – als „Politisierung des Unpolitischen“. Dies ist in Deutschland, das eine „Zeitung für Unpolitische“ herausgebracht hat, von Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ganz zu schweigen, dies tut in Deutschland immer schon Not.